Notizbuch

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **79 (2004)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

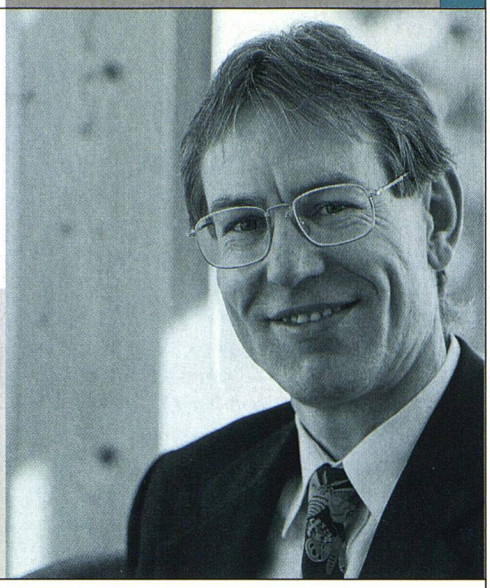
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch



Innovation ist gefragt

Die staatliche Wohnbauförderung wird von der Politik regelmässig in Frage gestellt. Das ist in Zeiten knapper Finanzen ganz besonders der Fall. Einzelne Politikerinnen und Politiker neigen dann jeweils dazu, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Von Stephan Schwitter ■ «Öffentliche Subventionen gehören periodisch auf den Prüfstand. Es ist zu fragen, ob die einstmalige Zielsetzung noch übereinstimmt mit der sich verändernden Wirklichkeit, ob die soziale und wirtschaftliche Zwecksetzung der Förderung noch Gültigkeit hat, ob sie effizient ist usw. Das gilt selbstverständlich auch für das System der staatlichen Wohnbauförderung jedweder Form.» Das schreibt der Österreichische Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen (gbv) in der jüngsten Ausgabe seines Fachmagazins. Dem ist gewiss beizupflichten.

Auf Besuch am Verbandstag 2004 des gbv in Wien konnte ich mich jüngst davon überzeugen, dass die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften im östlichen Nachbarland im Zuge des neuen Finanzausgleichs gegen dieselben Widerstände zu kämpfen haben wie wir, aber auch ähnliche Erfolge aufweisen. Welches ist denn der Stellenwert des gemeinnützigen Wohnungsbaus in unserer Gesellschaft? Wohnbauförderung bildet und erhält unseren Mittelstand, der durch Steuern und Abgaben bekanntlich am stärksten belastet wird. Diese stabilisierende Wirkung wiederum sichert das politische Interesse. Die gemeinnützigen Wohnbauträger sind im Gegenzug für eine möglichst hohe Treffsicherheit und Nachhaltigkeit der Wohnbauförderung besorgt. Das heisst, dass die wirklich Bedürftigen vom Fördersystem profitieren und dass die günstigen Mieten auch für spätere Generationen Bestand haben.

Ein Blick über Österreich und die Schweiz hinaus: Die Cecodhas, Dachorganisation des gemeinnützigen Wohnungsbaus der EU-Staaten, verabschiedete Ende Mai in Helsinki ein Manifest unter dem Titel «Der Zugang zu einer menschenwürdigen Wohnung ist eine Priorität für alle Europäer». Darin unterstreichen die Mitgliedsorganisationen, auch diejenigen der neuen EU-Länder, die Bedeutung des Wohnens für die wirtschaftliche und soziale Stabilität in Europa. Sie fordern vom neu gewählten EU-Parlament, dass die Massnahmen des sozialen Wohnungsbaus als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse eingestuft werden sollen. Denn nicht zuletzt befasst sich die Politik mit der Lösung jener ökonomischen und sozialen Probleme, die für die meisten Menschen Tag für Tag wirklich höchste Priorität besitzen, nämlich Fragen der Beschäftigung, der Sicherung eines ausreichenden Einkommens und eben der Lebensqualität durch leistbares und sicheres Wohnen.

Die Schweiz nun hat gegenüber Österreich den Vorteil, dass die Wohnbauförderung in Verfassung und Gesetz primär als Bundesaufgabe definiert ist und die Kantone gegebenenfalls subsidiär wirken – nicht umgekehrt – und dass nicht die EU-Bürokratie in Brüssel bestimmt, wie viel davon unser politisches System verträgt. Der Bund setzt aber aufgrund neuer gesetzlicher Vorgaben neue Prioritäten bei der Vergabe von Fördermitteln für Mietwohnungen: Vorzug haben Modellvorhaben, die mit Ressourcen wie Boden und Energie besonders haushälterisch umgehen, eine hohe bauliche Qualität und einen hohen Gebrauchswert des Wohnraums gewährleisten, familiengerechtes Wohnen garantieren, ältere und behinderte Menschen integrieren und eine ausgewogene soziale Durchmischung der Bewohnerschaft ermöglichen. Diese Förderungsgrundsätze verlangen von den Wohnbaugenossenschaften Innovation. Innovative Impulse erhalten Sie beispielhaft auch jetzt und immer wieder in *wohnen*.

PRIMOBAU AG

Mit Primobau bauen – auf Referenzen bauen

Baugenossenschaft ABZ
Kolonie Oberwiesenstrasse Zürich, 108 Wohnungen

Baugenossenschaft ASIG
Siedlung Baumacker Buchs, 38 Wohnungen

Baugenossenschaft GEWOBAG
Siedlung Burgstr., Heusser Staub-Str. Uster, 71 Wohnungen
Siedlung Weihermatt, Urdorf, 110 Wohnungen
Glattstegweg, Zürich mit 12 Wohnungen
Organisation und Durchführung Architekturwettbewerb
Giardino Schlieren, 172 Wohnungen

Baugenossenschaft Halde Zürich
16 Projekte zwischen 1981 und 2003 in den Bereichen Innen- und Aussenrenovationen, Umbauten, Stahl- und Glasfassaden mit Wintergartenanbauten, rund 600 Wohnungen umfassend

Baugenossenschaft Schönau
Schönauring mit 190 Wohnungen
3. Bauetappe mit 48 Wohnungen
Hochhaus mit 45 Wohnungen, Neubau Tiefgarage

Eisenbahnerbaugenossenschaft Zürich-Altstetten
Mehrfamilienhäuser mit 231 Wohnungen
Neubau Tiefgarage mit 174 Parkplätzen
Neubau Zivilschutzanlage mit 1140 Schutzplätzen
Bau einer Wohnstrasse

Baugenossenschaft Sonnengarten, Zürich
Mehrfamilienhäuser mit 273 Wohnungen

Wohnkolonie Leimgrübel
Mehrfamilienhäuser mit 189 Wohnungen

BAHOGE, Zürich
Siedlung Hedigerfeld Affoltern am Albis, 90 Wohnungen
Siedlung Tramstrasse, Mehrfamilienhäuser mit 70 Wohnungen
Siedlung Roswiesen, Mehrfamilienhäuser mit 71 Wohnungen
Siedlung Hirzenbach mit 225 Wohnungen
Siedlung Luegisland, Mehrfamilienhäuser mit 156 Wohnungen

Baugenossenschaft Heubach, Horgen
Mehrfamilienhäuser Hühnerbühl mit 44 Wohnungen
Mehrfamilienhäuser Speerstrasse mit 40 Wohznungen

Gewerbebaugenossenschaft Horgen
Mehrfamilienhäuser 44 Wohnungen

Baugenossenschaft Holberg, Kloten
Mehrere Renovationsprojekte in Kloten und Bachenbülach mit 180 Wohnungen

Baugenossenschaft der eidg. Beamten, Zürich-Flughafen
32 Wohnungen in Kloten

Logis Suisse, Neuenhof
Mehrfamilienhaus mit 30 Wohnungen in Frauenfeld

Gemeinnützige Baugenossenschaft Limmattal
Neubau in der Wässeri II, Mehrfamilienhäuser, Kindergarten
14. Bauetappe (Durchführung 2002–2004) Mehrfamilienhäuser mit 176 Wohnungen, Aufstockungen
Neubau Tiefgarage, Neubau 10 Einfamilienhäuser

Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof
Neubau Mehrfamilienhäuser Zürich Affoltern
Um- und Anbau von 19 Reiheneinfamilienhäusern

Baugenossenschaft Heimeli
Siedlung Dachslernstrasse in Zürich mit 24 Wohnungen

Baugenossenschaft Heimelig
Siedlung Frohalp in Zürich mit 72 Wohnungen

Bei den aufgeführten Objekten handelt es sich um Renovationen mit unterschiedlichen Sanierungstiefen, die Innenrenovationen, Aussenrenovationen, Umbauten, Anbauten, Aufstockungen, Balkonerweiterungen oder -anbauten und Umgebungsgestaltungen betreffen.

Wir zeigen Ihnen gerne vollendete oder sich in der Durchführung befindliche Bauten

PRIMOBAU AG
Planung und Durchführung von Altbaurenovationen und Neubauten
Seestrasse 520 8038 Zürich Telefon 01 482 83 83